

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P./XVIII/227

Bonn, den 29. November 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a	<u>Deutsche Öffentlichkeitsarbeit im Ausland</u> Kuratorium Unteilbares Deutschland vor neuen Aufgaben Von G. Markscheffel	79
2 - 3	<u>Fragestunde im Bundestag</u> Gutes Mittel zur Belebung der Parlamentsarbeit Von Heinrich G. Ritzel, MdB	87
4	<u>Spät aber deutlich</u> Nagold - warum ist so lange geschwiegen worden? Von Werner Buchstaller, MdB	45
5	<u>Fünfjahresplan für vertriebene Bauern gesichert</u> Noch 161 000 geflüchtete Siedlungsbewerber	36
6	<u>Bildungsökonomie - eine neue Wissenschaft</u> Bemerkungen zu einem wichtigen Buch von Prof. Dr. E. Edding Von Klaus Helffer	34

Chefredakteur Günter Markscheffel

Deutsche Öffentlichkeitsarbeit im Ausland

Kuratorium Unteilbares Deutschland vor neuen Aufgaben

Von G. Markscheffel

Auf der Jahrestagung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland in Berlin, dem bisher größten Kongreß dieser überparteilichen Vereinigung, stand ein Arbeitsthema im Mittelpunkt, dessen Bedeutung für alle Deutschen immer größer wird: Das ist die Öffentlichkeitsarbeit im Ausland, mit deren Hilfe die Fragen der deutschen Wiedervereinigung in Freiheit und Frieden als ein die ganze Welt berührendes Problem dargestellt werden sollen.

Unterschiede

Man weiß heute, daß die Wiedervereinigung Deutschlands nicht nur das Ergebnis einer zielbewußten deutschen Politik sein wird; sie wird auch in zunehmendem Maße von dem Verständnis abhängen, das man im Ausland unserer Situation entgegenbringt. Zahlreiche Hinweise deuten an, daß selbst im befreundeten Ausland oft ein gewisses Nichtverstehen für die deutschen Probleme festzustellen ist. Dies trifft weniger auf den Bereich der angelsächsischen und skandinavischen Länder zu. Deutlich wird es aber in Ländern mit starken kommunistischen Parteien, die dort - gewissermaßen als Brückenköpfe - SED-Thesen zur Deutschland- und Berlinfrage verbreiten helfen. Häufiger als zum Beispiel in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten stößt man in Frankreich und Italien auf die sogenannte Zwei-Staaten-Theorie Ulbrichts und auf die Forderung Pankows, die Deutschen sollten sich "an einen Tisch setzen", um selbst ihre Probleme zu lösen.

Ursachen kommunistischer Einflußnahme

Das ist nicht erstaunlich. Die kommunistischen Parteien spielen gerade in Frankreich und Italien eine nicht unwesentliche Rolle. Sie sind dort in der Gewerkschaftsbewegung führend und auch im Geistesleben dieser Länder haben bedeutende Wissenschaftler, die zum Kommunismus neigen, nicht selten das Ohr eines breiten Publikums.

Das mag schockierend sein und von manchem Deutschen als Phänomen betrachtet werden. Man darf aber nicht vergessen, daß es die Kommunisten Frankreichs und Italiens nach dem zweiten Weltkrieg verstanden haben, sich auf der Woge des Deutschenhasses, der Verurteilung des "deutschen Militarismus und Revanchismus" einen politischen Platz zu erobern, der unter anderem auch durch eine reaktionäre Gesellschafts- und Sozialpolitik der führenden Schichten dieser Länder gefestigt werden konnte. Aus diesem Grunde fallen die aus Moskau und Pankow kommenden antideutschen Parolen auf einen viel günstigeren Boden, als in Ländern, in denen die kommunistischen Parteien bedeu-

tungslos sind oder überhaupt nicht existieren. Selbstverständlich gibt es trotz der offiziellen Politik der Regierungen der Länder mit starken kommunistischen Parteien auch noch Erinnerungen an die Besatzungszeit unter Hitler, die ebenso nachwirken, wie in zahlreichen Ostblockstaaten.

Nicht ganz so schlimm, aber doch beachtenswert ist die Situation in jenen Staaten, die neutral sind und sehr bewußt jede militärische Bindung an einen der großen Machtblöcke ablehnen. Hier befürchtet man, durch ein allzu betontes Interesse an einer gerechter Lösung des Deutschlandproblems in den Sog der militärischen Blockpolitik der Großmächte hineingezogen zu werden.

Was beachtet werden sollte

Wenn sich nun das Kuratorium Unteilbares Deutschland die Aufgabe stellt, überall in der Welt das Verständnis für die deutsche Situation zu fördern, Freunde für eine Politik der Überwindung der Spaltung Deutschlands und Europas zu gewinnen, dann wird man hierbei von folgenden Voraussetzungen ausgehen müssen:

- 1) Die Wirkung einer Öffentlichkeitsarbeit im Ausland für Deutschland ist unmittelbar von dem Verständnis abhängig, das wir selbst für die Sorgen anderer Völker aufbringen.
- 2) In Ländern mit starken kommunistischen Parteien müssen wir die Öffentlichkeitsarbeit in alle jene Bereiche ausdehnen, in die eine meist nur von der offiziellen Politik getragene Darstellung des Deutschlandbildes nicht hineinreicht. Das sind besonders die Gewerkschaften, die Universitäten, die zahlreichen gesellschaftlichen Organisationen des öffentlichen Lebens, der Bereich des Kunstschaffens und nicht zuletzt die großen Jugendverbände.
- 3) Wir müssen gerade in diesen Ländern darauf achten, daß Persönlichkeiten dort das Deutschlandbild vertreten, die selbst eine politisch völlig einwandfreie Vergangenheit haben.
- 4) Das Kuratorium würde sich ein großes Verdienst erwerben, wenn es dafür sorgen würde, daß die zahlreichen auf privater Ebene - besonders im Wirtschaftsbereich - entwickelten persönlichen Kontakte mit eingebaut werden in ein koordiniertes System der Darstellung des Deutschlandbildes, das jenseits jeder Art von offizieller Propaganda liegt.
- 5) Im Übrigen aber sollte darauf geachtet werden, daß die vielsprachigen Schriften des Kuratoriums mehr als bisher das Gesamtinteresse der freien Welt an einer friedlichen Lösung des Deutschlandproblems in den Vordergrund stellen. Wir begegnen allzuoft auch in neutralen und uns wohlgesinnten Ländern - der Vorstellung, man wolle sie in "deutsche Streitigkeiten" hineinziehen.

Dies sind nur einige Anregungen, die sich auf Grund vieler Beobachtungen auf Auslandsreisen, besonders in jene Länder aufdrängen, mit denen wir zwar offiziell in einem Bündnisverhältnis stehen, wo aber starke kommunistische Parteien mit ihren vielfältigen Einflußmöglichkeiten auf die öffentliche Meinung ein Deutschlandbild im Sinne Moskaus und Pankows zu prägen versuchen.

Fragestunde im Bundestag

Gutes Mittel zur Belebung der Parlamentsarbeit

Von Heinrich G. Ritzel, MdB

Als der Deutsche Bundestag vor Jahren nach englischem Vorbild die Fragestunde einführte, fand dieser Beschluß durchaus nicht die ungeteilte Zustimmung. Manche Minister empfanden es als eine Zuxutung, auf kurz vorher eingereichte Fragen der Abgeordneten vor aller Öffentlichkeit zu antworten. Sie liebten die dem anfragenden Abgeordneten möglichen zwei Zusatzfragen durchaus nicht, denn in diesen Zusatzfragen können immer Probleme in Frageform in Erscheinung treten, zu deren Beantwortung nur ein Minister in der Lage ist, der sein Thema vollkommen beherrscht und keines Souffleurs bedarf.

Nicht überall freudig begrüßt

Die Fragestunde hat sich auch durchaus nicht der Zustimmung aller Mitglieder des Bundestages erfreut. Es gab und gibt noch heute Abgeordnete, die in dieser Art der parlamentarischen Äußerung nicht gerade das sehen, was nach ihrer Auffassung einzig vertretbar ist, nämlich die gründliche Vorbereitung einer Rede und deren ebenso gründliche Beantwortung durch den Ressortminister. Es gibt sogar Abgeordnete, die es fragefreudigen Abgeordneten verübeln, daß sie überhaupt Fragen stellen. Diese Gegner der Fragestunde scheinen mit einer leisen Verachtung der Neueinführung zu begegnen. Aber was kann heute, nachdem die Fragestunde seit 1952 besteht, über ihren Wert oder Unwert gesagt werden?

Allgemeines Interesse

Man wird objektiv zugeben müssen, daß sich die Fragestunde in ganzen bewährt hat. Sie gibt Gelegenheit, in knapper, prägnanter Form ein Problem aufzuzeigen, das je nach dem von mehr oder weniger allgemeinem Interesse ist und über das sich schon viele Staatsbürger vorher oder zur gleichen Zeit Gedanken gemacht haben, ohne die Möglichkeit zu haben, diese Gedanken dort auszusprechen, wo sie der Volksvertreter aussprechen kann, nämlich im Parlament.

So gesehen, ist der fragende Abgeordnete wirklich in einem gegebenen Fall der Vertreter der Volksmeinung, und die Äußerung, die die Regierung auf die Frage gibt, ist von allgemeinem Interesse. Der die Frage stellende Abgeordnete gewinnt aus der Antwort der Regierung entweder das Material, das ihn befähigt, auf dem angesprochenen Gebiet weiterzuarbeiten, evt. einen Antrag zur Herbeiführung einer parlamentarischen Entscheidung zu formulieren, oder er kann sich mit der Antwort zufrieden geben, weil er den Sachverhalt als genügend geklärt betrachtet.

Zusatzfragen

Die Art der Fragen ist unterschiedlich und von ihrer Unterschiedlichkeit hängt es auch ab, ob auch andere Abgeordnete von der Fragemöglichkeit in der gleichen Sache Gebrauch machen.

In der Fragestunde selbst sind, wie schon erwähnt, nur zwei Zusatzfragen gestattet, um das Wesen der Fragestunde nicht zu gefährden und nicht parlamentarische Debatten zu ermöglichen, da nur Fragen gestellt und Antworten entgegengenommen werden sollen. Aber es bleibt jedem anderen Abgeordneten unbenommen, zu dem von einem Kollegen aufgeworfenen Problem ebenfalls zwei Fragen zu stellen, auf die der Minister antworten soll. Es ist schon vorgekommen, daß Probleme angesprochen wurden, die einen wahren Hagel von Fragen im Gefolge hatten. Die Regel allerdings ist, daß sich der fragende Abgeordnete allein mit dem Problem befaßt.

Presse und Fragestunde

Sehr interessant ist die Haltung der Presse zu der Fragestunde. Es ist natürlich, daß Fragen, die den heimatischen Wahlkreis des Abgeordneten betreffen, von der Heimatpresse bevorzugt herausgestellt werden. Es ist aber auch interessant zu sehen, wie die überregionale Presse auf Fragen von allgemeiner Bedeutung reagiert. Fragen politischer Natur, aber auch verkehrspolitischer, wirtschafts- sowie kulturpolitischer Natur werden nicht selten von der großen Presse herausgegriffen und im Wortlaut zitiert oder zum Gegenstand eigener Überlegungen gemacht. Das ist eine sehr gesunde und willkommene Erscheinung und es ist verständlich, daß die schriftliche Beantwortung von Fragen nicht den Beifall der Presse findet.

Es gibt Fragen, deren öffentliche Beantwortung der Regierung schwerfällt; sie hat dafür ihre Gründe. In solchen Fällen fragt die Regierung, ob der Abgeordnete mit einer schriftlichen Beantwortung zufrieden sei. Bejaht er diese Anfrage, dann erhält er eine schriftliche Antwort, und es ist seine Sache, was er damit macht. Es gibt aber auch schriftliche Antworten der Regierung in den Fällen, in denen der Abgeordnete aus irgendeinem gegebenen Anlaß verhindert ist, seine Frage im Plenum selbst zu vertreten oder wenn seine Frage nicht von einem befreundeten Kollegen vertreten wird.

Die Presse hat an der öffentlichen Antwort der Regierung ein besonderes Interesse, denn nicht selten - und darauf wurde gerade vor kurzer Zeit in einer deutschen Tageszeitung hingewiesen - vermitteln die Antworten wertvolle Hinweise und Informationen. Es wird richtig sein, wenn sich die Abgeordneten nicht allzu leicht bereit erklären, ihre Frage nur an ihre eigene Adresse schriftlich beantworten zu lassen, denn was der Abgeordnete fragt, ist in der Regel von a l l g e m e i n e m Interesse, mindestens aber interessiert es einen großen Personenkreis, so daß die öffentliche Beantwortung angezeigt und ausreichend begründet erscheint.

* * *

Es ist das Recht des Abgeordneten, zu fragen und es ist die Pflicht der Regierung, zu antworten. Das Fragerecht des Abgeordneten ergibt sich aus dem Kontrollrecht des Parlaments. Zum Wesen und zu den Vorzügen der Demokratie gehört die parlamentarische Kontrolle. Aus diesem Grunde sollte man das parlamentarische Fragerecht in seiner nach verschiedenen Richtungen hin wichtigen Bedeutung nicht unterschätzen.

* + *

Spät aber deutlich

Nagold - warum ist so lange geschwiegen worden ?

Von Werner Buchstaller, MdB

Seit Monaten setzen sich Presse, Rundfunk und Fernsehen mit den bedauerlichen Vorfällen bei der ehemaligen Fallschirmjäger-Ausbildungskompanie 6/9 in Nagold auseinander. Das Bundesverteidigungsministerium und die Bundeswehr haben Maßnahmen eingeleitet. Die zuständige Staatsanwaltschaft hat gegen eine Reihe ehemaliger Vorgesetzter dieser berüchtigten Einheit Anklage erhoben. Bereits am 6. Dezember beginnt in Calw der erste Prozess. Ohne Zweifel werden dabei unglaubliche Mißstände zur Sprache kommen. Sicher wird dabei besonders deutlich, wie sehr unter den dort gegebenen Ausbildungspraktiken nicht nur junge Rekruten zu Leiden hatten, sondern zugleich das Ansehen der Bundeswehr geschädigt wurde.

Es ist sehr bedauerlich, daß sich der Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestags erst jetzt mit diesen Vorgängen befassen konnte. Und doch hat die sehr eingehende Aussprache, die fast den ganzen Tag in Anspruch nahm, ihr Gutes. Verteidigungsausschuß, Ministerium und militärische Führung haben in völliger Übereinstimmung die Notwendigkeit unterstrichen, den Leitsätzen der Inneren Führung der Bundeswehr konsequent Geltung zu verschaffen.

Vorfälle und Mißstände wie in Nagold müssen unmöglich gemacht werden. "In Nagold zeigte sich eine Wunde, die total ausgebrannt werden muß", stellte der Generalinspekteur der Bundeswehr fest. Warum, so fragt man sich, hat General Förtsch diese deutlichen Worte erst im Verteidigungsausschuß gefunden, und was oder wer hat den Herrn Bundesverteidigungsminister veranlaßt, in der ganzen Sache so schweigsam zu sein? Es gibt jedenfalls Grund zu der Feststellung, daß es äußerst fatal wäre, wenn der Geist einer falsch verstandenen Karvadorie bis in die höchstverantwortlichen Stellen vorgeedrungen wäre.

Die aufgedeckten ungeheuerlichen Vorkommnisse sind vor Übel, aber man braucht sich ihrer nicht zu schämen, wenn klar sichtbar ist, daß Ministerium und militärische Führung solche Elemente und Tendenzen kompromisslos ausschalten, oder - um bei Herrn General Förtsch zu bleiben - "total ausbrennen". Solange aber der Eindruck bleibt, die Bundeswehr reagiere nicht so sehr auf festgestellte Mängel, als vielmehr erst auf den massiven Druck der Öffentlichkeit, bleiben alle Versicherungen und Beteuerungen fragwürdig. Sicherlich hätte kein Journalist etwas dagegen, wenn Übelstände bei der Bundeswehr behoben und beseitigt wären. **b e v o r** er in seiner Zeitung darüber schreiben könnte. Es wäre der Sache viel gedient, wenn das auch Herr von Haesel einsehen würde.

Fünfjahresplan für vertriebene Bauern gesichert

Noch 161 000 geflüchtete Siedlungsbewerber

A.M. - Zur Eingliederung der heimatvertriebenen und geflüchteten Bauern in die Bundesrepublik hat jetzt die Bundesregierung einen neuen Fünfjahresplan anerkannt und dessen Durchführung gesichert. Diese Erklärung wurde in dieser Woche anlässlich einer Konferenz von Agrarjournalisten im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten durch den Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Hans Krueger, abgegeben. Damit hat das beunruhigende Tauziehen zwischen den einzelnen Ministerien um die Frage, ob es einen Fünfjahresplan oder nur einen Mehrjahresplan geben soll, ein Ende gefunden, wenn auch, wie bekannt wurde, über Einzelheiten noch verhandelt wird.

Minister Krueger bestätigte, daß die Zahl der heimatvertriebenen und geflüchteten Siedlungsbewerber noch 161 000 betrage. Das ist ungefähr doppelt soviel, wie der "Bauernverband der Vertriebenen" in seinen bisherigen sehr vorsichtigen Schätzungen angegeben hatte. Untersuchungen haben einwandfrei ergeben, daß sich die neu angesiedelten Bauern aus Mittel- und Ostdeutschland bewährt haben. Es ist daher wünschenswert, daß die Kenntnisse, die Pflichttreue und die Arbeitskraft dieser Menschen genutzt wird.

Das Verhältnis zwischen Vollerwerbs- und Nebenerwerbsstellen beträgt etwa 1 : 10 und kann aus den verschiedensten Gründen auch in Zukunft kaum geändert werden (Kostensteigerung, Schwierigkeit der Landbeschaffung u.a.). Im Haushalt 1964 sollen für die Eingliederung wiederum 700 Millionen DM eingesetzt werden. Die von den heimatvertriebenen und geflüchteten Bauern erhoffte Erhöhung aus Gründen der Steigerung der Bau- und Bodenpreise wird wohl wegen der allgemeinen Etatschwierigkeiten kaum berücksichtigt werden können. Die Aufbringung der Finanzierungsmittel wird deshalb wieder von Bund und Ländern getragen werden müssen.

Zur Frage der Notwendigkeit und Bewährung von Nebenerwerbsbetrieben wies Minister Krueger u.a. auf die Untersuchungsergebnisse der Landestausausschüsse für Vertriebene hin, die eindeutig bewiesen haben, daß durch die Arbeit der Ostbauern neues Leben in den Dorfgemeinschaften entstanden ist und viele Siedler durch Zupachtung von Land sehr beachtliche landwirtschaftliche Einkünfte erreichen.

* + *

Bildungsökonomie - eine neue Wissenschaft

Von Klaus Helfer

- * Friedrich E d d i n g: Ökonomie des Bildungswesens - Lehren
- * und Lernen als Haushalt und als Investition. - Freiburger Stu-
- * dien zu Politik und Soziologie. - Verlag Korbach, Freiburg
- * in Breisgau, 1963.

Die Entwicklung der Bildungsökonomie ist in Deutschland mit dem Namen des Frankfurter Professors Dr. Friedrich E d d i n g untrennbar verbunden. Wenn die Bildungsökonomie heute in Deutschland aus dem Stadium heraus ist, in dem sie von den Volkswirtschaftlern nicht recht ernst genommen wurde und den Pädagogen ein Ärgernis bedeutete, wenn sie heute als "anerkannte Wissenschaft" etabliert ist, so dankt sie es dem beharrlichen Einsatz dieses Mannes, der glücklicherweise auch unkonventionelle Mittel nicht scheute, wenn es darum ging, seinen Forschungen öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen. So sind die Probleme und Ergebnisse dieses neuen Zweiges der Wissenschaft einem breiteren Publikum zunächst durch Aufsätze in Tageszeitungen und Zeitschriften, durch Rundfunk- und Tagungsvorträge Professor Eddings bekannt geworden. Als erste politische Partei gab ihm übrigens die SPD anlässlich des Kulturpolitischen Kongresses in Wiesbaden 1960 die Gelegenheit, vor Kulturpolitikern über "Finanzprobleme der Kulturpolitik" zu referieren.

Der Entschluß, eine repräsentative Auswahl veröffentlichter und bisher unveröffentlichter Arbeiten Professor Eddings unter dem Titel "Ökonomie des Bildungswesens - Lehren und Lernen als Haushalt und als Investition" in der Reihe "Freiburger Studien zu Politik und Soziologie" vorzulegen, ist dankenswert. Zusammen mit der im vorigen Jahr in der gleichen Reihe unter dem Titel "Quantität und Qualität" herausgebrachten Auswahl bildungspolitischer Schriften Hellmut Beckers sollte dieser Band zum Handwerkszeug jedes Kulturpolitikers gehören, dem eine planvolle Entwicklung unseres Bildungswesens am Herzen liegt. Die einzelnen Arbeiten sind unter Oberthemen zusammengefaßt, die - als Schlagworte wiedergegeben - einen Eindruck von der Skalenbreite des neuen Forschungsansatzes vermitteln.

Besonders das letzte Kapitel "Wissenschaft und Politik" macht deutlich, daß Edding - auch hierin unkonventionell - nicht davor zurückschreckte, den Schritt von der wissenschaftlichen Erkenntnis zur politischen Stellungnahme zu gehen. Man wird wohl in der Annahme nicht befähigt werden, daß ihm diese "Grenzüberschreitung" von manchen Kreisen übel angekreidet werden wird. Wenn er etwa in einem Gespräch mit "Christ und Welt" für eine "neue Gesellschaftspolitik auf der Basis der gerechten Bildungschancen für jeden" plädiert und im Anschluß daran ein Programm für den Ausbau des Bildungswesens skizziert, das sich mit den bildungspolitischen Vorstellungen der SPD deckt, muß er den Widerspruch der bildungspolitischen Reaktion geradezu herausfordern. Das könnte zu einer Diskussion führen, die der Sache dient. Der Nachweis der Bedeutung von Bildungsinvestitionen für das wirtschaftliche Wachstum wird ebenso wie der Nachweis des Bildungsgefälles zwischen den Ländern der Bundesrepublik und der Zurückbleiben unserer Anstrengungen hinter allen vergleichbaren Nationen mit wissenschaftlichen Argumenten und nachprüfbaren Berechnungen geführt. Man wird über Bildungspolitik künftig nicht mehr ohne die hier erarbeiteten Grundlagen einer rationalen Meinungsbildung diskutieren können. Dies mag allen denen hart ankommen, die sich bisher alle Mühe gegeben haben, nach Möglichkeit nicht mit Fakten und Zahlen konfrontiert zu werden, die ihr bildungspolitisches Versagen schonungslos offenlegen. In diesem Sinne sei dem Band eine weite Verbreitung empfohlen.